54. Jahrgang. № 75. Donnerstag, 17. März 1910.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr einschließlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

**Lobeck & Co.** Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

RAUM KUNST **Raumkunst** Dresden-A., Victoriastraße 5/7. : Groß-Import von orientalischen Teppichen. : Reichhaltigste Auswahl inländischer Teppiche. Mäßigste Preise.

**Für den Umzug** empfehlen sich zur **Instandsetzung von Beleuchtungs-Gegenständen** u. dergl. **Ebeling & Croener** Bankstrasse 11.

**Zuverlässige, richtiggehende Uhren** nur bewährte Fabrikate nur bewährte Fabrikate. **Neueste Uhrketten, Ringe, Trauringe** empfiehlt **Aug. Reinhardt,** Seestrasse 9.

**Lederwaren. Reise-Artikel.** Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.** **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft **26 Prager Strasse 26.**

## Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Die Zweite Kammer nahm gestern den Justizetat an.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags gab beim Etat des Auswärtigen Amtes der Reichskanzler eine Erklärung in der Mannesmann-Angelegenheit ab.

Das preußische Abgeordnetenhaus nahm gestern die Wahlrechtsvorlage im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung an und ging dann in die Osterferien.

Für morgen erwartet man in Berlin wieder eine große sozialdemokratische Kundgebung.

Heute findet vor dem Schwurgericht Leipzig der Prozeß gegen den Zimmergesellen Georgi wegen Ermordung des Oberregierungsrates Frhrn. v. Böhrmann statt.

Der drohende Eisenbahnerstreik in Nordamerika ist abgewendet worden, da die Bundesregierung vermittelnd eingriff.

Aus verschiedenen Teilen Südfrankreichs werden Ueberschwemmungen gemeldet.

Die russische Regierung verstärkt von neuem die Garnison in Täbris.

Die Cholera breitet sich auf Java immer mehr aus.

## Reichstag und auswärtige Politik.

Im Reichstage haben die großen Debatten über die auswärtige Politik, die mehrere Tage in Anspruch nehmen werden, mit zwei großzügigen Reden auf konservativer und nationalliberaler Seite eingesetzt. Im allgemeinen ist bisher die Besprechung auswärtiger Fragen die Achillesferse des deutschen Parlamentes gewesen. Früher lag das wohl in erster Linie an der alles überragenden Größe des Bismarckschen Geistes, der die Zügel mit solcher unfehlbarer Sicherheit lenkte, daß für eine kritische Betätigung des Reichstages kein rechter Spielraum übrig blieb. Als dann aber der „eiserne" Kanzler seinen Platz hatte räumen müssen, bedurfte es naturgemäß eines längeren Zeitraumes, ehe unsere Volksvertreter im Reiche sich dasjenige Maß von diplomatischer und staatsmännischer Schulung anzueignen vermochten, das zu einer Behandlung auswärtiger Fragen im großen Stile, wie sie im englischen und französischen Parlament üblich ist, unbedingt erfordert wird. Die Folge dieses Zustandes war, daß eine lange Reihe von Jahren die auswärtige Politik im deutschen Reichstage eine untergeordnete Rolle spielte, weil die Volksboten sich mit verschwindenden Ausnahmen nicht über eine dilettantenhafte Form bei der Erörterung der internationalen Probleme zu erheben vermochten. Erst unter dem Fürsten Bülow trat hierin eine entschiedene Wendung zum Besseren ein. Die Empfindung, daß der Reichstag im Interesse seines Ansehens unmöglich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik in den bisherigen ausgetretenen Spuren weiter wandeln könne, wurde so allgemein, daß sie sich u. a. zu Anträgen verdichtete, welche die Regierung verpflichten wollten, dem Reichstage in regelmäßigen Zwischenräumen amtliche Nachweise über die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zur Kenntnis zu bringen. Das war natürlich ein Schlag ins Wasser; denn da über die Auswahl der vorzulegenden Dokumente selbstverständlich allein die Regierung zu entscheiden hätte, so wäre es jederzeit in ihr Belieben gestellt, eine derartige Verpflichtung auf eine leere Form ohne Inhalt herabzudrücken. Die Hauptsache ist und bleibt ein festes Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung und auf seiten der letzteren die Betätigung einer Auffassung, die sich von aller kleinlichen Oppositionslust fern hält und das schwierige Ressort des Auswärtigen von der hohen Warte einer wahrhaft nationalen Gesinnung mit überlegener sachlicher Ruhe beurteilt. Diesem Standpunkte entsprachen durchaus in der vorgestrigen Reichstagssitzung die Reden der Abgeordneten Graf Kanitz und Dr. Stresemann. Daß der Schwerpunkt in den Auslassungen beider Redner in der Beleuchtung der handelspolitischen Beziehungen ruhte, kann angesichts des beherrschenden Charakters, den diese Seite der internationalen Lage gegenwärtig aufweist, nicht wundernehmen. Besonders erfreulich ist an den hierauf bezüglichen Ausführungen das gegenseitige Verständnis, das der Gemeinsamkeit der industriellen und landwirtschaftlichen Interessen dargebracht wurde. Graf Kanitz, der berufene Wortführer der deutschen Landwirtschaft, gab ausdrücklich seiner Besorgnis Ausdruck, daß unsere Exportindustrie unter dem neuen amerikanischen Tarif schwer zu leiden haben werde, und meinte, wir müßten die amerikanische Hochschutzzollpolitik mit ihren eigenen Mitteln bekämpfen und statt der festen Sätze ebenfalls Wertzölle einführen. Die Richtigkeit dieses Hinweises ist unverkennbar; man möchte sagen, er ist geradezu das Ei des Columbus.

Auf der anderen Seite betonte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann, daß wir keinen Anlaß hätten, unsere Exportpolitik so exzessiv zu betreiben, daß darüber die Landwirtschaft vernachlässigt würde. Je mehr der Zwang der äußeren Verhältnisse die Konservativen und die Nationalliberalen in der Erkenntnis ihres gemeinsamen Vorteils auf wirtschaftlichem Gebiete und in der Wertschätzung des inneren Marktes zusammenführt, desto nachdrücklicher wird sich auch dieser Antrieb zum gegenseitigen Zusammenschlusse in der parteipolitischen Konstellation geltend machen. Während so die Reden des konservativen und des nationalliberalen Vertreters auf der Höhe der Situation standen, konnte der Abgeordnete Kaempf es sich nicht versagen, die neue fortschrittliche Volkspartei gleich bei der ersten Gelegenheit in den Strudel freihändlerischer Abgeschmacktheiten hinabzuziehen, indem er kaltlächelnd die ganze Hochspannung der modernen Schutzzollpolitik in aller Welt auf — Deutschland als den eigentlichen Sündenbock zurückführte. Was soll man dazu sagen? „Spottet seiner selbst und weiß nicht wie!" Angesichts dieser manchesterlichen Entgleisung des fortschrittlichen Volksparteilers kann die sachliche Bedeutung der Ausführungen des konservativen und des nationalliberalen Redners nur um so plastischer hervortreten. Wenn insbesondere Graf Kanitz seine Rede mit den Worten schloß: „In Fragen, welche die Machtstellung Deutschlands berühren, wird das Auswärtige Amt uns stets hinter sich haben", so hat er damit die Richtschnur bezeichnet, die für die nationalen Parteien des Reichstags stets in erster Linie maßgebend sein muß und die man als Motto jeder auswärtigen Debatte im Reichsparlament voranstellen sollte. Wenn der Reichstag bei der Behandlung auswärtiger Fragen sich stets von diesem Grundsatze leiten läßt und bei der Vertretung aller großen vaterländischen Gesichtspunkte und Interessen gegenüber dem Auslande eine maßvolle, aber entschiedene Festigkeit zur Schau trägt, so wird er seiner Aufgabe nach außen hin gewachsen und imstande sein, nicht bloß einer starken Regierung den notwendigen parlamentarischen Rückhalt zu gewähren, sondern auch unter Umständen einer schwächlichen Regierung die Kraft zu einem energischen Vorgehen zu verleihen.

## Neueste Drahtmeldungen

vom 16 März

### Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des **Etats des Auswärtigen Amtes** wird beim Titel „Staatssekretär" fortgesetzt. Abg. v. Dirksen (Reichsp.): Im Begriff der auswärtigen Politik liegt es, daß sie den Laien immer ein verschleiertes Bild von Sais bleibt. In die innere Politik Englands uns einzumischen haben wir keinen Anlaß; deshalb halte ich es auch für inopportun, daß gestern die Frage berührt wurde, ob England zum Schutzzoll übergehen will. Auch unser Verhältnis zu Frankreich ist gestern berührt worden. Man sollte sich hier nicht so viel über auswärtige Fragen unterhalten. Was die Ausführungen Stresemanns zum Fall Mannesmann anlangt, so stehen wir auf einem ganz anderen Standpunkt. Stresemann sollte nicht vergessen, daß in der Kommission die von den Nationalliberalen beantragte Resolution mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt worden ist. Der Regierung würde ein Vorwurf daraus erwachsen, wenn sie sich vollkommen mit den Mannesmann-Ansprüchen identifiziert hätte. Diese Ansprüche decken sich dazu nicht genug mit den Grundsätzen der Algecirasakte. Herr Scheidemann meinte gestern, früher sei unsere Politik operettenhaft geleitet worden, jetzt sei sie ledern, langweilig. Ich kann den Reichskanzler nur auffordern, so fort zu arbeiten. Mag seine Politik auch scheinbar ledern sein, so verleiht sie uns doch das Gefühl der Sicherheit. Unzweifelhaft ist gerade der Reichskanzler ein Mann von hohem sittlichen Ernst. (Beifall rechts.) Der Anregung Stresemanns, den geheimen Dispositionsfonds wieder in voller Höhe herzustellen, um gehässigen Anwürfen der ausländischen Presse gegen die deutsche Politik besser entgegentreten zu können, stimmt Redner mit seinen Freunden durchaus zu. — Hierauf gibt Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg folgende Erklärung in der Mannesmann-Angelegenheit ab: „Ich glaube nicht, daß die Behandlung dieser Sache im Plenum die Ziele fördert, die der Vorsitzende der Budgetkommission aufgestellt hat. Der Beginn dieser Angelegenheit liegt weit zurück. Den Anforderungen der Algecirasakte entspricht das Berggesetz, auf das sich die Herren Mannesmann berufen, nicht. Und zu einem Vertragsbruche werde ich mich nicht hergeben. Mögen die Ansprüche Mannesmann noch so wirtschaftlich wertvoll sein, so sind sie doch kein Lebensinteresse Deutschlands. Wir werden uns wie bisher der Mannesmannschen Wirtschaftsinteressen kräftig annehmen, aber erleichtert haben uns die Herren das nicht. Ich kann nur wünschen, daß die Herren Mannesmann in dieser Beziehung künftig Wandel eintreten lassen. Nachdem diese Herren die bisherige Zurückhaltung der Reichsregierung im Auswärtigen Amte als Angst ausgelegt haben, waren wir gezwungen, die Denkschrift zu veröffentlichen, sonst hätten wir es nicht getan. Aber wir müssen zeigen, daß wir nichts zu verderben haben. Der Herr Abg. Stresemann hat gestern im Eingang seiner Rede einen Rückblick auf unsere auswärtige Politik in den letzten Jahren geworfen. Er hat dabei ebenso wie es der Herr Abg. Graf Kanitz vor ihm getan, insonderheit der von der Zustimmung von ganz Deutschland getragenen Politik des Fürsten Bülow während der letzten Orientkrisis gedacht. Im Gegensatz zu dieser Politik der Entschlossenheit und der Stärke hat der Herr Abg. Stresemann auf die Wirkung hingewiesen, die weite Kreise der öffentlichen Meinung darüber erfüllt, ob bei dem Abgange des Fürsten Bülow die Interessen Deutschlands in der auswärtigen Politik noch genügend gewahrt seien. Der Herr Abg. Stresemann hat damit, wie ich gern anerkenne, in sehr vorsichtiger Weise angedeutet, was in einem großen Teile der Presse in den letzten Monaten wiederholt und mit großer Schärfe unmittelbar als Schwäche und Nachgiebigkeit unserer gegenwärtigen auswärtigen Politik gebrandmarkt worden ist. Gewiß, gerade die auswärtige Politik steht mit Recht unter der Kritik der öffentlichen Meinung. Aber ich möchte es für ein gefährliches Beginnen halten, die Leitung der auswärtigen Politik durch einen Vorwurf der Schwäche — und ich kenne keinen schärferen Vorwurf — vor dem In- und Auslande zu diskreditieren (Lebhafte Zustimmung), wenn man diesen Vorwurf nicht durch ganz bestimmte Tatsachen beweisen kann. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich dabei nicht sowohl um die Stellung oder die Person des verantwortlichen Staatsmannes, sondern es werden dadurch Werte gefährdet, auf denen Deutschlands Stellung in der Welt beruht. Nun, meine Herren, möchte ich fragen, kann mir irgendein Moment genannt werden, wo Deutschland in neuerer Zeit in seiner Stellung zu den Mächten Schwäche und Nachgiebigkeit gezeigt hätte? Wir sind in der Lage gewesen, auch seitdem ich zur Führung der Geschäfte berufen bin, zu den Mächten freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, ohne dabei etwas anderes einzusetzen, als den Willen, Deutschlands Stellung in der Welt nachhaltiger, aber loyal zu vertreten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe den Eindruck, daß wir dabei nicht schlecht gefahren sind. (Erneute Zustimmung.) In einem will ich dem Abg. Stresemann beipflichten. Auch ich bin der Ansicht, daß es von Jahr zu Jahr eine größere und bedeutungsvollere Aufgabe unserer auswärtigen Politik kaum gibt, als die wirtschaftliche Stellung Deutschlands im Auslande zu fördern. Unser diplomatischer Dienst ist wohl mit Recht auf die Betonung unserer wirtschaftlichen Interessen eingestellt worden. Als ich mein Amt übernahm, fand ich es nötig, unsere auswärtigen Beamten besonders um Mitteilungen zu ersuchen über das Leben und die Interessen der Deutschen im Auslande. Graf Kanitz schloß gestern: Unsere auswärtige Politik wird von dem einmütigen Willen des Reichstages getragen. Ich weiß nicht, ob Graf Kanitz eine Preßstimme gelesen hat, in der gesagt wurde, unsere auswärtige Politik sei schwächlich und habe nicht den Reichstag hinter sich. Mir ist es nie in den Sinn gekommen, mich durch Angriffe gegen meine innere Politik von der Linie in der Verfolgung unserer auswärtigen Politik abdrängen zu lassen, die ich für die richtige halte, und ich hoffe allerdings, daß ich in allen Fragen, bei denen es sich um unsere Stellung unter den Weltmächten handelt, den Reichstag hinter mir haben werde." (Beifall.) — Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vgg.) tritt für die Ansprüche der Gebrüder Mannesmann ein, verlangt vom Reichskanzler, daß unser bundesfreundlicher Einfluß zum Schutze unserer deutschen Brüder in Oesterreich geltend gemacht werde, und meint schließlich, wer sich auf das Auswärtige Amt verlasse, der sei verlassen. — Abg. Dove (Freis. Vp.) bestreitet Stresemann gegenüber, daß es hauptsächlich weltwirtschaftliche Gegensätze seien, die die Spannung zwischen England und uns verursacht hätten. Die Verhetzung würde hüben und drüben durch nationalistische Kreise betrieben, was naturgemäß auf die auswärtige Politik wirken müsse. Die Mannesmann-Interessen dürften nur insoweit von uns geschützt werden, als sie den Verträgen nicht widersprechen. — Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: „Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat Angriffe auf das Auswärtige Amt und seinen verdienstvollen Leiter gerichtet, die in ihrer Allgemeinheit das Unerhörteste sind, was ich je gehört habe. Er sagte: „Wer sich auf das Auswärtige Amt verläßt, sei verlassen." Eine solche Behauptung weise ich mit Entrüstung zurück. Der Herr Abgeordnete hat auch keinerlei Beweise dafür erbracht, daß eine solche Behauptung berechtigt sei. Herr Liebermann von Sonnenberg hat aber außerdem einen Unterschied machen zu sollen geglaubt zwischen der Politik, die ich führe, und der mir unterstellten Behörden. Ein derartiger Unterschied darf nicht gemacht werden. Wenn Sie die auswärtige Politik

Esst Pfunds Yoghurt!